

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAA Deutschland

BADEN-WÜRTTEMBERG

1945 - 1949/1952

AUFSATZSAMMLUNG

- 17-3** *Wege in ein neues Leben* : die Nachkriegszeit / hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Stuttgart. Mit Beitr. von Ute Dahmen ... - Ubstadt-Weiher [u.a.] : Verlag Regionalkultur, 2017. - 216 S. : Ill. ; 20 cm. - (Stuttgarter Symposion ; 17). - ISBN 978-3-89735-999-4 : EUR 14.90
[#5448]

Eine Periodisierung der Nachkriegszeit fällt keineswegs ganz einfach. Für Aachen begann die Nachkriegszeit bereits mit der Besetzung durch die Alliierten im Oktober 1944, für den Südwesten dagegen erst im April 1945. Gleichwohl markiert im allgemeinen die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 den Beginn der Nachkriegszeit, doch wie lange dauerte diese an, so eine zentrale Frage von Thomas Schnabel in der Einführung des vorliegenden Sammelbandes (S. 9 - 18). Bspw. könnten die Deutschlandverträge und der zumindest teilweise Wiedergewinn der staatlichen Souveränität durch die Bundesrepublik 1955 genauso das Ende der Nachkriegszeit markieren, wie der Rücktritt Konrad Adenauers 1963 als Bundeskanzler oder die Wahl Willy Brandts, eines vormaligen Emigranten, 1969 zum Bundeskanzler. Für die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR dauerte die Nachkriegszeit im Grunde bis 1989 an.

Der vorliegende Band¹ konzentriert sich im Hinblick auf Südwestdeutschland vor allem auf die Jahre bis 1949 bzw. 1952 mit der Gründung der Bundesrepublik und des Landes Baden-Württemberg als Einschnitt. Gerade durch die Entstehung des Südweststaates war 1952 nunmehr die ja letztlich widernatürliche Unterteilung in die drei Nachkriegsländer Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden entlang der A8 entfallen.

Wie Schnabel anschaulich zeigt, waren die Erfahrungen der Menschen in dieser Zeit vor allen Dingen durch die Sorge um das tägliche Überleben geprägt. Schnabel kann dabei auf eine Rede des Direktors der Militärregierung Württemberg-Baden, William Dawson verweisen, in der dieser darüber sprach, daß es den Menschen in allererster Linie darum gegangen sei, innerhalb des ersten Nachkriegsjahres täglich genügend Essen und Trinken sowie ein Dach über dem Kopf zu haben. Gleichwohl wurden jedoch auch

¹ Inhaltsverzeichnis: <http://d-nb.info/113234915X/04>

bereits in diesem ersten Nachkriegsjahr wichtige Schritte auf dem Weg zur Etablierung einer parlamentarischen Demokratie geleistet. Was jedoch noch fehlte, war die langfristige Einübung demokratischer Normen und Werte.

Bemerkenswert ist freilich, daß in der Geschichte Südwestdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von Persönlichkeiten, die sowohl in der Weimarer Republik als auch im Dritten Reich politisch aktiv waren, eine durchaus führende Rolle spielten. Dies galt zwar nicht für die Gau- und Kreisleiter der NS-Zeit – jedoch gab es gerade bei den Funktionseleiten ein hohes Maß an personeller Kontinuität. Zu diesen gehörte bspw. der Wangener Brauereibesitzer Oskar Farny, der bereits in den 1920er Jahren in der Milchwirtschaft eine bedeutende Rolle gespielt und sich politisch in der Zentrumspartei engagiert hatte. 1933 war Farny politisch „anpassungsfähig“ genug, als Hospitant in die NSDAP-Reichstagsfraktion einzutreten und dem, freilich vollständig gleichgeschalteten Parlament bis 1945 anzugehören. Thomas Schnabel hatte sich in seinen Studien zu **Württemberg zwischen Weimar und Bonn**² intensiv mit der Situation in Wangen und der Persönlichkeit Farnys auseinandergesetzt, weshalb Schnabel selbst mit Farny einmal ein Interview geführt hatte. Teil dieses Interviews war natürlich auch die Frage nach der Zustimmung Farnys zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933. „Dabei betonte er ständig wiederholend, dass die SS bereitgestanden hätte, um alle Gegner des Gesetzes sofort zu verhaften, gefragt hatte ich ihn dazu nicht. Auf meine Einwände, dass auch die ablehnenden SPD-Abgeordneten danach nicht sofort verhaftet worden waren, ging er ebenso wenig ein, wie auf seine Rolle im Allgäu – vor und nach 1933“ (S. 15). Während anfänglich ein neuerliches Engagement Farnys in Zentrums- bzw. CDU-Kreisen in Wangen auf Widerstand stieß, hatte Farny gleichwohl die Möglichkeit, sich schon bald wieder an führender Stelle zu betätigen, sei es im milchwirtschaftlichen Verbandswesen sowie schließlich als Bundestagsabgeordneter und Bundesratsminister des Landes Baden-Württemberg. Der Lebensweg Farnys vor und nach 1945 wird im vorliegenden Band durch Robert Schmidtchen untersucht (S. 63 - 76).³

Allgemein wird die Einführung der Deutschen Mark als Startschuß für das Wirtschaftswunder angesehen. Tatsächlich gingen mit der Einführung der DM soziale Härten einher, die sich in Stuttgart in einem Tumult in der Unteren Königsstraße im Gefolge an eine Gewerkschaftskundgebung am 28. Oktober 1948 entluden. Das Ziel des Beitrages von Roland Müller ist es, die Ursachen dieses Tumultes zu erhellen und in die soziale Entwicklung der

² **Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945, 46** / Thomas Schnabel. - Stuttgart [u.a.], 1986. - 734 S. - Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs ; 13. - Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss. u.d.T.: Schnabel, Thomas: Zwischen Weltwirtschaftskrise und Besatzungszeit. - ISBN 3-17-009155-7.

³ Schmidtchen hat sich in seiner (noch unveröffentlichten) Bayreuther Dissertation eingehend mit Farny beschäftigt. Einen ersten etwas umfangreicheren Überblick über seine Studien finden man in dem Aufsatz **Oskar Farny - eine biographische Skizze** / Robert Schmidtchen. - In: Historisch-politische Mitteilungen. - 21 (2014), S. 326 - 347.

Nachkriegszeit einzuordnen (S. 121 - 147). Die Einführung der DM bedeutete für viele kleine Sparer ohnehin bereits eine regelrechte Katastrophe. Freilich, die Währungsreform war notwendig geworden, nachdem das Dritte Reich Aufrüstung und Weltkrieg „auf Pump“ finanziert hatte und Geldwert und Warenangebot in keinerlei Relation mehr standen. Jeder Bürger erhielt nun gerade einmal 40 und später noch einmal 20 DM. Sparguthaben wurden im Verhältnis 100 Mark gleich 6,50 DM abgewertet. Sparer wurden somit um ihren Ertrag gebracht, während gleichzeitig Besitzer von Sachwerten profitierten. Auch kam es mit der Einführung der DM zur Aufhebung des Preisstops, gleichzeitig blieb jedoch der Lohnstop (bereits 1938 von den Nationalsozialisten verhängt) weiterhin bestehen. Am Beispiel der Kirchen zeigt Müller, was dies bedeutete: Es fehlte jetzt an Mitteln zum Aufbau kirchlicher Heime wie auch für die karitative Tätigkeit.

Doch bereits vor der Einführung der DM war die wirtschaftliche und soziale Lage in Stuttgart angespannt. Wiederholt war es zu Streiks gekommen und die Gewerkschaften wollten auf die katastrophale Versorgungslage aufmerksam machen. Gerade im ersten Halbjahr 1948 stand es um die Versorgung mit Nahrungsmitteln besonders schlecht. Auch über die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung herrschten zwischen Gewerkschaften einerseits und der amerikanischen Besatzungsmacht andererseits erhebliche Differenzen. Zweimal verweigerte die Besatzungsmacht die Zustimmung zu einem Betriebsrätegesetz, das die Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite bedeutet hätte. Zudem kann Roland Müller zeigen, wie durch die Entlassung von Arbeitsminister Rudolf Kohl (KPD) die Situation im Sommer weiter verschärft wurde: die KPD hatte eine Solidaritätsadresse an die Berliner Bevölkerung nicht mitunterzeichnet, worauf die CDU ein Mißtrauensvotum einbrachte, das zum Sturz des Arbeitsministers führte.

Der letztendliche Anstoß für eine Protestkundgebung in Stuttgart erfolgte von außen. Während der württembergische Gewerkschaftsbund noch zögerte, berief Hans Stetter, Leiter des Stuttgarter Gewerkschaftskartells, für den 28. Oktober eine Versammlung auf dem Karlsplatz ein; unmittelbar vorausgegangen waren Streiks in Mannheim, wo sich die Versorgungslage besonders kritisch gestaltete. Vor, nach eigenen Schätzungen, 80.000 bis 90.000 Menschen forderte Stetter: „Was wir verlangen, ist eine planmäßig gelenkte Wirtschaft mit staatlich kontrollierten Preisen ..., wir fordern einen radikalen Kurswechsel der derzeitigen Wirtschaftspolitik“ (Zit. S. 132). Im Anschluß an die Versammlung wurde eine noch schärfere Resolution verabschiedet; endete die Versammlung friedlich um 15.30 Uhr, so kam es jedoch danach in der unteren Königsstraße zu Ausschreitungen, die am Ende durch Militärpolizei z.T. im Panzerwagen gesprengt wurde.

Müller zeigt im folgenden die Reaktionen auf die Ausschreitungen. Stuttgarts Oberbürgermeister Arnulf Klett war darum bemüht, diese als Werk von einigen Radaumachern darzustellen, wobei ihm die **Stuttgarter Zeitung** beipflichtete oder auch der CDU Landesvorsitzende Josef Andre, der von einigen „Krakeelern und Lausbuben“ (Zit. S. 137) sprach. Dagegen sah die **Wirtschaftszeitung** die Verantwortung bei den Gewerkschaften, die zu den Tumulten regelrecht aufgewiegelt hätten, eine Sicht, die vom amerikani-

schen Oberkommandieren in Deutschland, General Lucius D. Clay, geteilt wurde. Dieser ließ umgehend Untersuchungen anstellen, Hans Stetter vorladen und im Gespräch mit diesem stand offenbar sogar ein Verbot der Gewerkschaften im Raum. In jedem Fall wurde ein Versammlungsverbot und eine Ausgehsperr für Stuttgart verhängt - womit reichlich überreagiert wurde.

Dies war zumindest auch die Ansicht von Teilen der amerikanischen Militärverwaltung, die ihrerseits auf die „verweigerte Mitbestimmung“ (S. 139) hinwies und nochmals auf die schwierige Versorgungslage aufmerksam machte. Vor allem aber, so kann Müller zeigen, war der Chef der Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette, mit der Handlungsweise seines Vorgesetzten Clay nicht einverstanden. Hierauf dürfte u.a. der Rückzug LaFollettes aus der Besatzungsverwaltung und aus dem politischen Leben zurückzuführen sein. Schließlich untersucht Müller noch das gerichtliche Vorgehen gegen die Teilnehmer des Tumults. Dabei wurden teils drastische Strafen verhängt: „Aus Gründen der Abschreckung und wohl, um sozusagen das Vorgehen der Militärpolizei nachträglich zu rechtfertigen (S. 142).

Am Ende steht das Resümee Müllers, daß die Auseinandersetzungen in Stuttgart im Oktober 1948 „Ausfluss einer seit 1946 stetig wachsenden Unzufriedenheit mit der Ernährungs- und Versorgungssituation, sodann mit der wirtschaftspolitischen Entwicklung im Allgemeinen und mit der Betriebsverfassung im Besonderen“ (S. 146) waren. Erst im Gefolge dieser gesellschaftlichen Unruhe wurden dann zumindest teilweise in der Folgezeit die sozialen Komponenten der sozialen Marktwirtschaft (bspw. das Gesetz zur Milderung sozialer Notstände) entwickelt.

Die Nachkriegszeit war schließlich durch den Wiederaufbau der Städte geprägt. Dabei, so Alexander Wetzig in seinem Beitrag (S.149 - 183), mußte eine doppelte Problemstellung gelöst werden. Auf der einen Seite galt es, die elementaren Nöte der Bevölkerung zu lindern und Wohnraum zu schaffen, auf der anderen Seite eine stadtplanerische Konzeption längerfristig zu entwickeln. Allgemein freilich sieht sich die Wiederaufbauplanung der Kritik ausgesetzt, daß durch sie die Städte gleichsam ein zweites Mal zerstört wurden.

Wetzig stellt nunmehr die Wiederaufbaupläne in einen größeren historischen Zusammenhang und zeigt, daß der Wiederaufbau von Kommune zu Kommune in ganz unterschiedlicher Form bewerkstelligt wurde. Dabei konnte die Form des Wiederaufbaus zwischen historisierender Wiederherstellung auf der einen Seite und vollständigem Neubau auf der anderen Seite variieren. In den meisten Fällen wurde freilich ein Mittelweg gefunden.

Grundsätzlich hatte sich am Ausgang des 19. Jahrhunderts die Überlegung durchgesetzt, daß man etwas Neues schaffen wollte, daß Städte unter hygienischen und ökonomischen Gesichtspunkten zu planen seien, wehalb es lichte breite Straßen ohne Hinterhöfe entstehen sollten. Allerdings gab es nur wenige Möglichkeiten in der Weimarer Zeit neue städtebauliche Konzepte zu verwirklichen, allenfalls bei Neubauten oder Stadterweiterungen oder im Siedlungswohnungsbau. Nachdem es nun im Gefolge des Bom-

benkrieges zur Zerstörung der Innenstädte gekommen war, wurde der nunmehr notwendige Neuaufbau von vielen Stadtplanern durchaus als Chance gesehen: „Die mechanische Auflockerung durch Bombenkrieg und Endkampf gibt uns jetzt die Möglichkeit einer großzügigen und organischen Erneuerung“, so Hans Scharoun vor dem Berliner Magistrat 1946 (Zit. S. 156). Wetzig weist ausdrücklich darauf hin, daß bei vielen Stadtplanern ein hohes Maß an personeller Kontinuität herrschte. Deren Amtszeiten erstreckten sich häufig von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis tief in die bundesrepublikanische Zeit. Jedoch war es das Zusammenspiel von Oberbürgermeister, Baubürgermeister, Gemeinderat, Stadtplaner und Bürgerschaft, das letztlich bestimmte, wie sich das neue Stadtbild gestaltete. Bund und Land griffen nur wenig ein, da es erst ab 1948 das so genannte Aufbaugesetz des Landes Württemberg-Baden gab bzw. erst 1949 das Bundeswohnbaugesetz verabschiedet wurde.

Dabei, so Wetzig, kam es vielerorts zu Zerstörungen, wobei der Autor zwischen Objektzerstörungen und strukturellen Zerstörungen unterscheidet: Die Wegnahme historisch bedeutender Objekte war in den ersten Nachkriegsjahren teilweise tatsächlich aufgrund Einsturzgefahr notwendig, jedoch wurden vielerorts wie bspw. das Deutschordenshaus in Ulm oder ein mittelalterlicher Wohnturm in Pforzheim in den 1950er und 1960er Jahren einfach gesprengt, aus mangelndem Kunstverständnis und hier bestand keine Einsturzgefahr.

Schwerer als diese Objektzerstörungen wirkten strukturelle Zerstörungen. Über Jahrhunderte war das Bild der europäischen Stadt geprägt durch den öffentlichen Raum einerseits und die privat bebaute Parzelle andererseits. Der öffentliche Raum wurde vielerorts durch die Vielzahl privat bebauter Parzellen strukturiert. Gerade im privaten Bauen spiegelten sich die Individualität, das gesellschaftliche Ansehen und das Selbstverständnis des Bauherrn wider. Diese Art der Bebauung der privaten Parzelle ging nach 1945 verloren. Es war die Stadt, die unter rein funktionalen Aspekten aufgebaut wurde, wobei Rücksichten auf den Automobilverkehr eine ganz besondere Rolle spielten. Typisch hierfür ist eine Reihenbauweise, die im Grunde vielerorts mehr oder weniger gleich aussieht, so daß das Gesicht einer Stadt verloren geht.

Am stärksten jedoch machen sich „Eingriffe in den jeweiligen Stadtgrundrissen“ (S. 272) bemerkbar. Hierfür führt Wetzig vier unterschiedliche Beispiele aus dem Südwesten an. In Freiburg bspw. wurde der Stadtgrundriß der Zähringerstadt von Stadtbaumeister Karl Schlippe weitgehend übernommen, wobei sich Schlippe gegen massive Widerstände im badischen Innenministerium und Konkurrenzplanungen des eigenen Tiefbauamtes, das vor allem an den Automobilverkehr dachte, durchsetzen mußte. Ein etwas anderer Weg wurde in Heilbronn beschritten. Hier wurde der historische Stadtgrundriß zugrunde gelegt, jedoch im Detail erheblich abgeändert. In Ulm schließlich verfolgten die Stadtväter kein groß angelegtes Baukonzept. Im Zentrum der Aufbauplanung stand hier der Bau der neuen Straße „quer durch die gesamte Altstadt in West-Ost-Richtung zwischen Münster und Rathaus ... die ab 1953 realisierte Neue Strasse stellt ohne Zweifel den per-

fektesten Prototyp einer Wiederaufbauplanung mit dem Ziel der autogerechten Stadt dar“ (S.179). So dominierte in Ulm die Frage der Verkehrsführung den Wiederaufbau. Es ging hier aber nicht um die Verwirklichung eines „umfassenden Leitbildes der städtebaulichen Moderne“ (S.180). Dieses sollte vielmehr in Pforzheim verwirklicht werden. Nach Einschätzung Wetzigs repräsentiert „der Neubau des Pforzheimer Zentrums in extremster Weise die Anwendung der stadtplanerischen Leitlinien der aufgelockerten und verkehrsgerechten Stadt der Moderne auf die europäische Stadt der Vormoderne“ (S. 181). Am Beispiel Ulm zeigt der Autor abschließend, wie ein Rückbau stattfindet und die Dominanz der Stadt durch die Neue Straße gebrochen wird.

Neben den hier etwas näher vorgestellten Beiträgen enthält der Band noch weitere Aufsätze, so u.a. von Heike Krösche, die sich mit *Dem Umgang mit NS-Belasteten und NS-Tätern in Baden-Württemberg in den sechziger Jahren* anhand zweier Beispiele beschäftigt (S.101 - 118) und Ute Dahmen stellt schließlich die *Wirtschaftswunderfrau Anne Burda* vor (S. 21 - 60). Dabei wird der Leser mit einer Frau bekannt gemacht, die stellvertretend für das Wirtschaftswunder steht und sich von keinerlei Rollenklischees vereinnahmen ließ.

Auch in diesem Jahr ist aus dem Stuttgarter Symposium heraus wieder ein lesenswerter Band entstanden, der mit den vielen Gesichtern und dem je unterschiedlichen Erleben der Nachkriegszeit vertraut macht.

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=8564>